

# Theaterdonner und Wahlkampfgetöse

Friedhelm Hengsbach SJ

Mit einem fulminanten Paukenschlag hat Franz Müntefering eine zermürbte SPD in die Schlagzeilen der Medien katapultiert. Seine »Kapitalismuskritik« empört die bürgerlichen Eliten, ist Rückenwind für den Wahlkampf in Nordrhein Westfalen und mobilisiert parteiverdrossene Genossen.

In der Programmrede, die Müntefering vor mehr als einer Woche gehalten hat, beklagt er den Primat einer Ökonomie, die den Menschen auf eine Funktion als Produktionsfaktor, Konsument und Ware auf dem Arbeitsmarkt reduziert. Er kritisiert die international wachsende Macht des Kapitals und die totale Ökonomisierung eines kurzatmigen Profithandelns. Er sieht die Demokratie durch eine forcierte Strategie der Profitmaximierung gefährdet, wie sie von marktbeherrschenden Finanzunternehmen betrieben wird.

Was er gesagt und in Interviews sowie im Bundestag zugespitzt hat, könnte aus den Sozialrundschriften der Päpste abgeschrieben sein, erreicht jedoch längst nicht deren Schärfe. Die Päpste reden wie selbstverständlich von den menschlichen Defiziten, der Ausbeutung und der Ausgrenzung, die ein »weltweit ungezähmter Kapitalismus« verursacht. Sie kritisieren die Vorherrschaft des Kapitals und des Eigentums an Produktionsmitteln über den freien Subjektcharakter menschlicher Arbeit. Wenn der Profit der eigentliche Motor des wirtschaftlichen Fortschritts wird, das Eigentum an Produktionsmitteln ein absolutes Recht ohne Schranken und gesellschaftliche Verpflichtungen, führe dies zu einem »Imperialismus des internationalen Finanzkapitals«. Dieser sei die Folge einer Konzentration des Kapitals in der Wirtschaft, eines Kampfs um Macht innerhalb der Wirtschaft, der Wirtschaft über den Staat und der Staaten untereinander, die mit staatlicher Macht wirtschaftliche Interessen verfolgen. Auch wenn der Kapitalismus nach dem Zusammenbruch der Kommandowirtschaften des Ostblocks gesiegt hat, Recht hat er ohne Korrekturen des Systems noch nicht. So steht es in den Sozialrundschriften der Päpste.

Es ist begrüßenswert, dass die SPD endlich damit aufhört, im Arbeitsmarkt, in den Lohnkosten, den Sozialabgaben und Langzeitarbeitslosen den Schlüssel zur Erklärung der verfestigten Massenarbeitslosigkeit und zur Beseitigung der Wachstums- und Beschäftigungskrise zu sehen. Und dass sie die Funktionsdefizite der internationalen Finanzmärkte sowie die kurzfristigen Gewinnstrategien der Großbanken, Versicherungskonzerne und Investmentfonds als eine politische Herausforderung anerkennt.

Aber das radikale Moralisieren und Abstempeln von Prügelknaben – früher der »faulen Säcke« unter den Arbeitslosen und jetzt der geldgierigen und moralisch verwerflichen

Manager – bleibt politisch folgenlos, weil die Wachstumsschwäche und die Unterbeschäftigung nicht durch persönliche Untugenden, sondern durch strukturelle, politisch mit verursachte Fehlsteuerungen der monetären und realwirtschaftlichen Sphäre der Wirtschaft erzeugt sind.

Die moralisch klingende Empörung des Parteivorsitzenden über das Fehlverhalten der Manager bleibt auch folgenlos, solange die Spitzen der SPD, denen die Schalthebel staatlicher Macht anvertraut sind, eine gegenteilige Wirtschaftspolitik verfolgen. Ihnen ist vorzuwerfen, dass sie in den letzten zwei Jahren gegenüber den Arbeitslosen den Systemwechsel von der Sicherung des Lebensstandards zur Fürsorge vollzogen und die Solidarität mutwillig deformiert haben. Gleichzeitig haben sie die Dosis der bisher schon erfolglosen Rezepte erhöht, nämlich die Unternehmen mehr und mehr steuerlich zu entlasten. Anstatt die Binnennachfrage anzuregen, beteiligen sie sich an dem Rattenrennen um Exporterfolge.

Wegen des Widerspruchs zwischen programmatischer Rede und realem wirtschaftspolitischen Kurs trifft die Vermutung von drei Viertel der Bevölkerung wohl zu: Franz Müntefering hat einen gewaltigen Theaterdonner und ein betäubendes Wahlkampfgetöse inszeniert.